

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Band: 10 (1930-1931)
Heft: 12

Artikel: Die belgische Arbeiterpartei und ihr Programm
Autor: Allard, Jean
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-330671>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gerade wenn man sich darüber Rechenschaft gibt, daß in dem uns von Renner dargestellten Gegensatz zuletzt doch die *Weltwirtschaft* gegenüber der Staatswirtschaft siegreich bleiben muß, wenn man Renner darin zustimmt, der Sozialismus lasse sich voll nur als *Weltsozialismus* verwirklichen, dann wird man den Angelpunkt sozialistischer Politik in Gegenwart und Zukunft ganz anderswo zu suchen haben als im heutigen Staat. Man wird sich nicht bemühen, «den Sozialismus staatlich zu organisieren», sondern man wird die *internationale Organisation der Arbeiterklasse* politisch und gewerkschaftlich zu einem wirksamen Werkzeug des Weltsozialismus auszubauen trachten. Nicht der Staat, der doch seinem Wesen nach durch die weltwirtschaftliche Entwicklung immer stärker überholt wird, kann das «Mittel zur Organisation der Welt» sein, sondern eine starke und einige *sozialistische Internationale*.

Die belgische Arbeiterpartei und ihr Programm.

Von *Jean Allard*, Belgien.

Anläßlich eines wichtigen Kongresses hat die belgische Arbeiterpartei (POB.) ihr 1893 in Quaregnon ausgearbeitetes Programm revidiert.

Was ist die POB.? Ganz einfach die belgische Sektion der Internationalen Sozialistischen Arbeiterpartei oder, wenn Sie lieber wollen, die Sozialistische Partei Belgiens.

Warum nennt sie sich gerade Arbeiterpartei? Zu der Zeit, als dieser Name geschaffen wurde, verkörperte er ein ganzes Programm. Vor 40 Jahren lebte der belgische Arbeiter in bedauernswert elenden Verhältnissen. Belgien war das Paradies der Kapitalisten: Lange Arbeitszeit, niedere Löhne, Ausbeutung von Frauen- und Kinderarbeit, Fehlen von sozialer Gesetzgebung.

Brandstiftungen und Unruhen mußten die Bürgerschaft darüber belehren, daß es so etwas wie eine soziale Frage gab. Die Akademiker unter den Sozialisten, wie Vandervelde und de Brouckère, die Vorkämpfer der Arbeiter, wie Anseele und Louis Bertrand, die Pioniere der ersten Zeit, wie Defuisseaux und César de Paepe, welche davon träumten, die Kräfte der Arbeiterschaft zu vereinigen, sie erdachten den Namen POB., Parti ouvrier belge, der gewissermaßen ihr ganzes Programm enthielt: Schutz dem Arbeiter, Schutz den Ausgebeuteten.

Seit ihrer Gründung hat die Arbeiterpartei schöne Fortschritte gemacht. Sie vereinigt in sich alle, nicht nur die körperlich Arbeitenden. Aus diesem Grund hat man daran gedacht, den Namen abzuändern, ihn zu ergänzen, weniger exklusiv zu gestalten. Anläßlich des letzten Kongresses wurden Vorschläge

gemacht. Aber diese drei Worte: Belgische Arbeiter-Partei, diese drei Buchstaben POB., rufen so manche Erinnerungen an heroische Kämpfe wach, an vorübergehende Niederlagen und glänzende Siege, daß der Kongreß sich zu keiner Aenderung entschließen konnte. Die belgische sozialistische Partei wird weiterhin den Namen belgische Arbeiterpartei — POB. — tragen.

Im Rahmen dieses Aufsatzes ist es uns unmöglich, die vollständige geschichtliche Entwicklung der POB. in Kürze zu schildern.

Schon vor dem Krieg verstand sie es, der Reaktion wichtige Reformen abzuwingen. Nach dem Krieg stieg ihre Vertretung in der Kammer dank der Einführung des allgemeinen Stimmrechtes von einem Viertel auf zwei Fünftel der Gesamtzahl der Abgeordneten. Wiederholt dazu berufen, in der Regierung mitzuarbeiten, spielte sie eine bedeutende Rolle in der wirtschaftlichen Wiederherstellung Belgiens.

Aus Angst vor der Revolution mußte die Bourgeoisie den Arbeitern die folgenden Reformen zugestehen: Allgemeines Stimmrecht, Achtstundentag, Vereinsfreiheit, Einführung zahlreicher sozialer Gesetze. Immerhin ist zu sagen, daß die Schaffung einer richtigen Sozialversicherung in Belgien noch Aufgabe der Zukunft ist.

Die materielle Lage des belgischen Arbeiters hat sich fühlbar verbessert, und diese Erhöhung des Lebensstandards hat eine tiefgehende reformistische Bewegung ausgelöst. Die Führer und ihre Anhänger haben sich in einem bestimmten Augenblick eingebildet, daß es möglich sein könnte, ohne Anstrengung, ohne heftigen bürgerlichen Widerstand, von der kapitalistischen zur sozialistischen Regierungsform überzugehen. Natürlich hat die Teilnahme an der Regierung diesen Glauben gestärkt. Aber die Ereignisse haben die Schlummernden geweckt. Zu zwei verschiedenen Malen, am Vorabend von Wahlen, als die Bourgeoisie fühlte, daß sie es in der Hand hatte, uns abzuschütteln, entledigte sie sich der Mitarbeit der sozialistischen Minister und führte einen heftigen Kampf gegen uns. Das brachte uns nach den Siegen von 1919 und 1925 die Niederlagen von 1921 und 1929. Diese Rückschläge haben uns die Augen geöffnet. Uebrigens haben die Parteiführer keinen Augenblick lang das hohe zu erreichende Ziel aus den Augen verloren, die vollständige Eroberung der Macht, die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft. De Brouckère war ein glühender Gegner unserer letzten Teilnahme an der Regierung. Vandervelde hat oftmals in seinen Arbeiten die Verirrung derjenigen bekämpft, welche er die «Reformkretins» nannte. Gegenwärtig erleben wir hauptsächlich unter der belgischen Jugend eine erfreuliche grundsätzliche Erneuerung. Das konnte in auffälliger Weise

festgestellt werden an Hand der Debatten bei Gelegenheit der Programmrevision.

Das aus dem Jahre 1893 stammende Programm der POB. fußte auf dem Erfurter Programm der deutschen Sozialdemokratie und dem Kommunistischen Manifest Marx' und Engels.

Unmittelbar nach Kriegsende wurde fühlbar, daß eine Neugestaltung notwendig sei. Die Minimalforderungen waren erfüllt: Allgemeines Stimmrecht mit dem zwanzigsten Altersjahr, proportionale Vertretung, allgemeine Schulpflicht, Schaffung eines Arbeitsministeriums, Versammlungsfreiheit, Achtstundentag, progressive Einkommens- und Erbschaftssteuer sowie das Gesetz über die Arbeitsunfälle. In einem 1893 erschienenen Buch «Ist es notwendig, unser Programm abzuändern?» wies Vandervelde auf die Notwendigkeit der Revision hin, und seine Arbeit bildete die Grundlage für die Aufgabe der mit den Vorarbeiten für den letzten Kongreß betrauten Kommission.

Erklärung der Prinzipien.

Dem Programm von Quaregnon ging eine Erklärung der Grundsätze voraus, welche fast ohne Aenderung aufrechterhalten worden sind. Es scheint uns wichtig, sie in extenso anzuführen:

1. Die Güter im allgemeinen und im besondern die Produktionsmittel sind entweder Kräfte der Natur oder Frucht der Hand- und Geistesarbeit früherer Generationen und natürlich der gegenwärtig lebenden Generation. Sie sollen also als Gemeingut der Menschheit betrachtet werden.
2. Das Recht, wonach Einzelpersonen und Gruppen von Personen an diesem Allgemeingut teilhaben, leitet sich einzig und allein aus der sozialen Notwendigkeit her und kann nur das Ziel haben, jedem menschlichen Wesen die größtmögliche Summe von Freiheit und Wohlergehen zu sichern.
3. Die Verwirklichung dieses Ideals ist unvereinbar mit der Aufrechterhaltung des kapitalistischen Regimes, welches die Gesellschaft in zwei notwendigerweise gegensätzliche Klassen scheidet, in diejenige, welche, ohne Arbeit zu leisten, den Besitz genießt, und die andere, welche gezwungen wird, einen Teil ihrer Arbeit der besitzenden Klasse abzutreten.
4. Die Arbeiter können vollkommene Befreiung nur durch die Aufhebung der Klassen sowie durch eine völlige Umgestaltung der gegenwärtigen Gesellschaft erlangen. Diese Umwälzung wird nicht nur dem Proletariat dienen, sondern der ganzen Menschheit. Immerhin, da sie den unmittelbaren Interessen der herrschenden Klasse entgegengesetzt ist, kann die Befreiung des Arbeiters nur das Werk der Arbeiterschaft allein sein.

5. Ihr Ziel muß sein, innerhalb der Wirtschaftsordnung sich den freien und unentgeltlichen Gebrauch aller Produktionsmittel zu sichern. In einer Gesellschaft, wo die Kollektivarbeit mehr und mehr an die Stelle der Einzelarbeit tritt, wird dieses Ziel nur erreicht werden können dadurch, daß die Naturschätze und Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit übergehen.
6. Die Umgestaltung der kapitalistischen Regierungsform in eine sozialistische Regierungsform muß notgedrungen von entsprechenden Aenderungen begleitet sein:
 - a) in moralischer Hinsicht Entwicklung des altruistischen und des Solidaritätsgefühls;
 - b) in politischer Beziehung Umgestaltung des Staates zum Verwalter des Allgemeinbesitzes.
7. Der Sozialismus muß also gleichzeitig die ökonomische, moralische und politische Befreiung des Proletariats erstreben. Immerhin muß der ökonomische Gesichtspunkt vorherrschend sein. Denn die Konzentration des Kapitals in den Händen einer einzigen Klasse bildet die Grundlage aller übrigen Formen ihrer Macht.

Bezüglich der Verwirklichung dieser Grundsätze erklärt die belgische Arbeiterpartei:

1. Daß sie sich nicht nur als Vertreterin der Arbeiterschaft fühlt, sondern aller Unterdrückten überhaupt, gleich welcher Nationalität, Religion, Rasse und Geschlecht.
2. Daß die Sozialisten aller Länder solidarisch sein sollen, weil die Befreiung der Arbeiter nicht eine nationale, sondern eine internationale Angelegenheit ist.
3. Daß im Kampf gegen die kapitalistische Klasse die Arbeiter sich aller ihr zur Verfügung stehenden Mittel bedienen sollen, namentlich des politischen Kampfes *ökonomischer, gewerkschaftlicher, genossenschaftlicher, erzieherischer Art*, durch *gegenseitige Hilfe* und Entwicklung der freien Vereinigungen sowie durch unentwegte Verbreitung sozialistischer Ideen.»

Die fünf Ausdrücke: ökonomisch, gewerkschaftlich, genossenschaftlich, gegenseitige Hilfe, erzieherisch, welche im letzten Satz die Arbeitsmethode näher umschreiben, sind das einzige, das dem Text von 1893 beigelegt worden ist. Damit hat man die bewundernswerte Einigkeit der belgischen sozialistischen Bewegung, welche alle Arten der proletarischen Arbeit vereinigt, auszudrücken versucht: Gewerkschaften, Genossenschaften, gegenseitige Hilfsbereitschaft, erzieherische Arbeit.

Das Programm.

Im Rahmen dieses Artikels vermögen wir die grundsätzlichen Aenderungen in bezug auf die wichtigsten Verfügungen des Programms nur zu skizzieren und in erster Linie nur die geistige Entwicklung festzustellen, wie sie sich hinsichtlich verschiedener Fragen gezeigt hat.

Der Entwurf des revidierten Programms unterschied deutlich zwei Teile: ein allgemeines Programm und ein solches, das zur sofortigen Anwendung gelangen sollte. Man hatte sich bemüht, ins allgemeine Programm die großen, schwierigen Fragen, wie zum Beispiel die Schaffung der Republik, aufzunehmen. Unter dem Druck der Jungen verlangte eine große Zahl Parteimitglieder die Aufnahme dieser gerechten Forderung in das Programm der unmittelbaren Gegenwart. Diese Handlung mochte recht gewagt erscheinen für eine Partei, welche unter dem Königtum Minister gestellt hatte. Man behob diese Schwierigkeit, indem man die genaue Unterscheidung zwischen allgemeinem und augenblicklichem Programm umging. Damit ist jeder zufriedengestellt. Die Republik steht im Programm, aber es ist nicht so zu verstehen, daß Albert I. schon morgen seinem Cousin Alphonse XIII. nachzufolgen hätte.

Das Frauenstimmrecht hat ebenfalls lebhaften Diskussionen gerufen. Seit 1893 steht es auf dem Programm. Immerhin stimmt die Partei regelmäßig gegen die Erweiterung des Frauenstimmrechts. Da der Einfluß des Klerus in Belgien sehr groß ist, hieße dies das Land der klerikalen Majorität ausliefern. Die Freunde des Frauenstimmrechts haben einen platonischen Erfolg errungen, es steht auf dem Programm, aber es ist vorgesehen, daß ein Kongreß die Haltung der Abgeordneten näher zu bestimmen haben wird, falls die Frage neuerdings in der Kammer gestellt wird.

Einstimmig war man im Beschluß, die Selbstverwaltung von Gemeinden und Provinzen zu festigen. Mit schwacher Mehrheit beschloß man die Schaffung einer proportionalen Vertretung in den ständigen exekutiven Behörden der Gemeinden und Provinzen. Für uns bedeutet dies eine ernstliche Gefahr. Wir sind der Meinung, daß die Exekutivgewalt von der Majorität ausgeübt werden soll. Die Teilung der Exekutivgewalt unter alle Parteien gefährdet die Erhaltung des Verantwortlichkeitsgefühls sowie die Kontrolle einer wachsamten Opposition.

Man war einig in der Forderung einer weitgehenden Demokratisierung der Behörden und des ganzen richterlichen Apparates. Die belgischen Arbeiter haben Gelegenheit gehabt, am eigenen Leib zu erfahren, wieviel die Klassenjustiz wert ist.

Die Trennung von Kirche und Staat sowie die Schulfrage haben einen Großteil der Partei veranlaßt, ihre antikirchlichen Gefühle unzweideutig zum Ausdruck zu bringen. Die Schul-

frage wurde nicht berührt. Sie wird anlässlich eines zu dem Zweck stattfindenden Kongresses geprüft werden und ist besonders schwer zu lösen. Es handelt sich darum, ob die Partei weiter für die Bewilligung bedeutender Unterstützungen an die sogenannte freie, die katholische, Schule stimmen will. Nach dem Waffenstillstand, zur Zeit der heiligen Einigkeit, stimmten die Deputierten von links, der liberalen und sozialistischen Partei dafür, die klerikalen Schulen zu unterstützen, welche vom Staate Hunderte von Millionen erhalten und eine kolossale Konkurrenz für den öffentlichen Unterricht bedeuten.

In einer großen Zahl von Ortschaften gibt es nur eine katholische Schule. Die Unterstützung sistieren, hieße die Mehrzahl der gegenwärtigen Schulen zum Verschwinden bringen. Man müßte enorme Summen für die Schaffung neuer Staatsschulen aufbringen. Mit diesen Tatsachen heißt es rechnen. Trotzdem glauben wir, daß der diesbezügliche Kongreß sich für den sofortigen Entzug der Unterstützungen aussprechen wird.

Als ideale Lösung erstrebt die sozialistische Partei die Einrichtung des öffentlichen Unterrichts unter unmittelbarer Kontrolle der Eltern.

Die Frage, welche die lebhaftesten Diskussionen auslöste, war ohne Zweifel die der Landesverteidigung.

Schon in der Arbeit von 1923 hatte sich Vandervelde im Prinzip für die Landesverteidigung ausgesprochen, und der von Troclet redigierte Entwurf des Programms sah einen Paragraphen vor, betitelt:

«Landesverteidigung.

1. Abschaffung des stehenden Heeres und Schaffung eines rein defensiven Milizheeres, das sich nach Landesteilen rekrutiert.
2. Festsetzung des Militärdienstes für alle Tauglichen auf sechs Monate im Maximum.»

Diese These rief bei den meisten flämischen Sozialisten und namentlich bei der sozialistischen Jugend eine energische Opposition hervor. Man stellte ihr die Ablehnung der Landesverteidigung entgegen. Die Jungen trieben ihren Friedenswillen so weit, die sofortige Abrüstung zu fordern, sogar ohne Rücksicht auf die Haltung der übrigen Länder. Ihre Argumente können folgendermaßen zusammengefaßt werden:

Das Proletariat hat kein Interesse daran, die kapitalistische Heimat zu verteidigen. Der zukünftige Krieg, vor allem ein chemischer und ein Luftkrieg, wird ein so entsetzlicher sein, daß jede Verteidigung mit Sicherheit versagen wird. So ist es ganz unnütz, Milliarden dafür auszugeben, daß Männer einem sichern Tod entgegengeführt werden. Das kleine Belgien wird nicht im-

stande sein, sich gegen seine mächtigen Nachbarn zu verteidigen. Seine vollständige Abrüstung würde der Welt ein wundervolles Beispiel sein.

Die Belgier sind noch ein wenig patriotisch gesinnt. Auch ist der Krieg uns noch zu sehr in Erinnerung. Man fürchtete die Folgen für den Ausgang der Wahlen bei einer strikten Ablehnung der Landesverteidigung. Der erste Text, welcher im Prinzip die Anerkennung der Landesverteidigung enthielt, lief Gefahr, keine Mehrheit zu erhalten. Nach lebhaften Debatten im Parteivorstand schlug eine Kommission einen vermittelnden Wortlaut vor, aus dem die Formel der Landesverteidigung sorgfältig entfernt war. Er lautet:

«Gegen den Militarismus. Für Abrüstung und Frieden.

1. Kampf auf nationalem und internationalem Gebiet gegen den Militarismus und Imperialismus. Recht der Völker auf Selbstentscheidung. Respektierung des Rechtes der Minderheiten. Gleichzeitige allgemeine Abrüstung unter Kontrolle und Aufrichtung des Friedens unter den Völkern durch Abschaffung der Klassengegensätze, welche eine der Hauptursachen von Kriegen sind.
2. Abrüstung. Eines der von der POB. angestrebten Hauptziele ist der Kampf gegen den Krieg und die Sicherung des Friedens. Zur Erlangung dieser Ziele verlangt ihr Programm:
 - a) auf internationalem Gebiet:
sofortiger und allgemeiner Versuch, eine gleichzeitige, kontrollierte und progressive Reduktion der Rüstungen zu erlangen, gegründet auf vertragliche Abkommen mit dem Ziel der allgemeinen Abrüstung, sobald der Friedenswille der Demokratie stark genug sein wird, um die allgemeine Sicherheit zu gewährleisten und jeglichen militärischen Apparat überflüssig zu machen;
 - b) auf nationalem Gebiet:
von jetzt an und unabhängig von allgemeinen und ausgedehnteren Abrüstungsvereinbarungen Reduktion der Rüstungen Belgiens soweit, als dies, entsprechend den internationalen Verpflichtungen des Landes, mit der Erhaltung des Gleichgewichts der Rüstungen am Rhein möglich ist. Die Reduktion soll zugleich betreffen:
 - a) die militärischen Aufgaben;
 - b) die Kriesmaterialanschaffungen;
 - c) die Militärdienstzeit, welche in keinem Fall sechs Monate überschreiten darf;
 - d) die Zahl der Militärpersonen von Beruf.»

Diese Formel schien zweideutig und fand nicht die Zustimmung der Opposition. Immerhin wurde sie mit 368,000 gegen 189,000 Stimmen, bei 32,000 Enthaltungen, angenommen.

Wir müßten in einem weitem Artikel auf diese wichtige Frage eintreten, da wir sie hier nicht in ihren Details besprechen können. Ebenso müßten wir Ihnen noch über die Frage des Föderalismus sprechen. Ohne Zweifel ist Ihnen bekannt, daß Belgien zwei Nationalitäten umfaßt, die Französisch sprechenden Wallonen und die Flamen, welche Niederländisch sprechen. Die beiden Völkerschaften werfen einander vor, sich gegenseitig zu unterdrücken und verstehen sich nur in einem Punkt vollkommen: der Notwendigkeit, den Brüsseler Konzentrierungsversuchen zu entgehen. Um das gute Einvernehmen herbeizuführen, gibt es nur eine Lösung: sowohl den Flamen wie den Wallonen weitgehende Autonomie zu gewähren. Die Mehrzahl der Mitglieder der POB. ist in dieser Meinung einig. Somit bleiben nur noch die Modalitäten zu ordnen, die Aufgabe eines künftigen Kongresses.

Wir nennen unter den politischen Punkten noch: Anerkennung Sowjetrußlands, Revision der Friedensverträge, welche dem Weltkrieg ein Ende bereitet haben und die eine große Zahl schon veralteter Klauseln enthalten, Unterdrückung des Senats, das Recht auf Initiative und das Referendum, das eine freie Äußerung des Volkswillens gestattet.

Weniger regen Diskussionen riefen die andern Punkte des Programms: Wirtschaftsfragen, öffentliche Finanzen, Ausbau der Verstaatlichung, Regelung des Arbeitsvertrages, Sozialversicherung, Frauenrechtsfragen, Agrarfrage, Provinz- und Gemeindefragen, deren Formulierung sorgfältig vorbereitet worden war. Wir werden in einem besondern Aufsatz darüber berichten können.

Was besonders an diesem Kongreß auffiel, war die oft entscheidende Rolle, welche die jungen Mitkämpfer spielten, ihr kämpferischer Geist und ihr Wille zum Ideal unter gleichzeitigem Verständnis für die Wirklichkeit. Viele Jahre nach dem Krieg, wenn sie mitansehen mußten, wie wenig die Jungen sich um den politischen Kampf interessierten, haben sich unsere alten Kampfgenossen besorgt gefragt, ob wohl nach ihnen noch junge Kameraden da und bereit sein würden, die Fackel weiter zu tragen. Heute können sie sicher sein, daß die belgische Arbeiterpartei allezeit ihre Verteidiger haben wird.
